

„Vetternwirtschaft“ gerichtlich vorzugehen, sind inzwischen kaum erfolgversprechend, wie der Fall der Firma United Engineering beim M\$ 3,4 Mrd.-Projekt zum Ausbau der Nord-Süd-Autobahn (vgl. SOAI 1/88, S.39) und die Knebelung der Justiz zeigen.

Gerüchten zufolge soll Mahathir die Loyalität auch durch Unterstützung bei finanziellen Schwierigkeiten erkaufte und andere zum Stillhalten durch die Androhung der Veröffentlichung von Skandalen bewegt haben. Letzteres wird von dem Wahlkönig Malaysias, dem Sultan von Johor, gesagt, der als jähzorniger Mensch gilt und beim Golfspiel aus Wut mit seinem Golfschläger auf einen Träger eingeschlagen und ihn schwer verletzt haben soll.

Marcos hat zur Sicherung seiner Macht dem Militär eine wichtigere Rolle zukommen lassen. Die vorgesehene Modernisierung der Streitkräfte für die Landesverteidigung durch den geplanten Ankauf von modernen Waffensystemen in Großbritannien in Milliardenhöhe scheint ein Schachzug Mahathirs zu sein, die Militärs auf seine Seite zu bekommen oder sie zumindest weiterhin neutral zu halten. Ein Reihe von hochrangigen Generälen der Armee kommt aus dem gleichen Bundesstaat wie Mahathirs Gegenspieler Tengku Razaleigh. Gerüchten zufolge sollen diese mit einem Militärputsch gedroht haben, falls Mahathir im Sommer Razaleigh nach ISA inhaftiert hätte, was er angeblich vorgehabt hatte.

Anders als Marcos braucht Mahathir nicht das Kriegsrecht auszurufen, um die demokratischen Grundfreiheiten auszuschalten. Der gesamte repressive Gesetzesapparat und die zahnlose Justiz gibt Mahathir fast die gleichen Möglichkeiten uneingeschränkter Herrschaft wie seinerzeit Marcos durch das Kriegsrecht. Hinzu kommt, daß Mahathir innenpolitisch mit der Rassenproblematik ein wirkungsvolles, hochexplosives Instrument zur Verfügung steht, mit dem er – wenn auch eine sehr gefährliche – Politik betreiben kann.

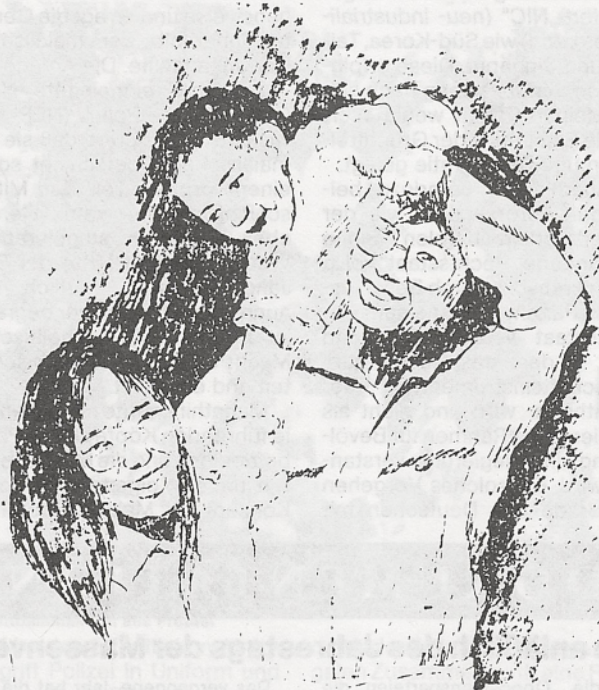
Aber noch ist Mahathirs Position nicht ganz so gefestigt wie die Marcos' zu Zeiten des Kriegsrechtes. Die geschwächte Opposition im Land ist nicht völlig ausgeschaltet und noch hörbar. Die internationale Öffentlichkeit hört nicht auf, die Menschenrechtsverletzungen in Malaysia anzuprangern, und der wirtschaftliche Aufschwung durch die gestiegenen Exporterlöse ist nicht gesichert.

F. Stein

NACHRICHTEN

Polizei versucht, durch Erpressung Spitzel zu gewinnen

Bereits im Dezember 1987 versuchte die Special Branch – SB – (Sondereinheit) der Polizei zwei ehemalige Aktivisten der Singapore Polytechnics (Universität) aus den 70er Jahren, Cecilia Lim und ihren Mann Soh Weng Sing, zu Spitzeltätigkeiten zu erpressen. Dies wurde durch eine umfangreichere Erklärung des Ehepaars vom 26.8.88 bekannt.



Nach dem Einkauf in einem Einkaufszentrum mit ihrem zweijährigen Sohn in ihrer Heimatstadt Penang am 11.12.87 wurden sie von der SB – natürlich in Zivil – aufgegriffen, in getrennte Fahrzeuge gezwungen und von ihrem schreienden Sohn getrennt. Beide wurden eine Nacht lang getrennt einem Verhör unterzogen, in dem sie über ihre Studentenzeiten ausgefragt wurden und ihnen vorgeworfen wurde, sie seien Kommunisten und nur eine Zusammenarbeit mit der SB könne sie vor einer Inhaftierung nach dem ISA bewahren.

Sie sollten vor allem Aktivitäten bestimmter Personen aus ihrem Umfeld beobachten sowie Kontakte zu in Europa lebenden, ehemaligen Aktivisten der 70er Jahre anknüpfen – u.a. zu dem angeblichen Kopf der „marxistischen Konspiration“ gegen die Regierung Singapurs, Tan Wah Piao –, um sie zur Rückkehr nach Singapur bzw. Malaysia zu bewegen.

Immer wieder wurde ihnen vorgehalten, daß ihr kleiner Sohn sie vielleicht die nächsten zwei, fünf oder zehn Jahre nicht wiedersehen würde, wenn sie nicht kooperierten. Schließlich unterschrieben beide sogenannte „Geständnisse“, die sie auch auf ein Tonband sprechen mußten, und erklärten sich bereit, für die SB zu arbeiten. Ihnen wurde klar gemacht, daß man sie überwa-

chen werde, und, falls sie ihre Spitzeltätigkeit verrieten oder die Kooperation nicht befriedigend sei, sie mit einer Inhaftierung nach ISA zu rechnen hätten.

Im Februar 1988 gelang es beiden, mit ihrem Sohn sich nach Australien zu Verwandten abzusetzen. Aus Furcht vor Repressalien gegenüber den z.T. noch in Malaysia/Singapur lebenden Verwandten, gingen sie vorerst nicht an die Öffentlichkeit mit ihren Erfahrungen. Erst als im April 1988 die singapureanische Regierung mit einer Verleumdungskampagne gegen Cecilia Lim begann, sie sei eine Kommunistin und Botin für Tan Wah Piao, entschieden sie sich schließlich, dieses Vorgehen der malaysischen Polizei – offensichtlich in Zusammenarbeit mit der Singapur – in die Öffentlichkeit zu tragen, um den Charakter der Regierung deutlich zu machen.

vgl. Originaltext der Erklärung vom 26.8.1988

MALAYSIA

Zwei der fünf suspendierten Obersten Richter entlassen

Mit Wirkung vom 7.10. sind 2 der 5 am 6.7. suspendierten Richter des Obersten Gerichtshofes (Supreme Court) von Malaysia (vgl. SOAI 3/88 S.32) ihres Amtes entbunden worden. Ein Tribunal von 5 Richtern aus Malaysia und anderen Commonwealth-Staaten hatte mehrheitlich gegenüber dem König, der das Tribunal zusammengestellt hatte, diese Empfehlung ausgesprochen. Bei den entlassenen Richtern handelt es sich um Tan Sri Wan Suleiman Pawan Teh und Datuk George Seah. Ihnen wird Pflichtverletzung vorgeworfen, weil sie einer Gerichtsverhandlung in Kota Baru am 2.7. ferngeblieben sind, um im Eilverfahren in Kuala Lumpur über die Rechtmäßigkeit des Tribunals zum Amtsenthebungsverfahren des ehemaligen Lord President Tun Mohamed Salleh Abas zusammen mit den 3 anderen suspendierten Richtern zu entscheiden. Für Suleimans Amtsenthebung stimmten 4 Richter des Tribunals für Seahs lediglich 3. Einstimmig wurden die 3 Richter Tan Sri Eusoffe Abdoolcader, Tan Sri Wan Hamzah Mohamed Salleh und Tan Sri Mohamed Azmi Kamarudin wieder in den Dienst zurückberufen. Alle 5 Richter sind zu den Verhandlungen des nicht-öffentlich tagenden Tribunals erschienen und haben sich mit Hilfe von 11 Anwälten verteidigt. Die Anwaltskammer (bar-council) hat in einer Stellungnahme vom 9.10. scharf gegen die Entscheidung protestiert und forderte den Rücktritt Tan Sri Abdul Hamid Omars als amtierenden Lord President, als Chief Justice und Richter des Obersten Gerichtshofes, weil er gegen grundlegende Rechtsprinzipien verstoßen habe. Er würde als Mitglied des Obersten Gerichts die Integrität der Justiz ernsthaft in Frage stellen. Politische Beobachter sehen in der Amtsenthebung der beiden Richter und des Lord President Tun Salleh eine erhebliche Schwächung der Unabhängigkeit der bisher eher konservativen Justiz. 2 der wiedereingestellten Richter werden im Laufe des nächsten Jahres pensioniert. Somit kann Premierminister Mahathir praktisch 5 von 11 Richterposten des Obersten Gerichtes nach seinem Geschmack neu besetzen. Chandra Muzaffar von ALIRAN geht dabei von einer Besetzung mit Richtern aus, „die eine harmonische Beziehung zur Exekutive haben“.

vgl. FEER 15.9.S.12, 20.10.88 S.14f; ALIR Vol.8, No.6 S.44, No.7 S.25ff, 44f 1988.

NACHRICHTEN

MALAYSIA

Umweltschützer fordern Umweltverträglichkeit von Tourismus Projekten

Bereits vor einem Jahr forderte die malaysische Umweltschutzorganisation Environmental Protection Society Malaysia (EPSM) eine stärkere Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Auswirkungen bei Projekten der Tourismusindustrie. Unter anderem wurden der Ausbau der Inseln Langkawi und Tioman, des Tempel Parks bei Kuala Lumpur und des Nationalparks in Frage gestellt.

„Tourismus ist ein zweischneidiges Schwert“, so schreibt EPSM, „und während Gewinne den Besitzern und Managern großer Komplexe zukommen mögen, zahlen den Preis für die beeinträchtigte Umwelt in der Regel die armen Malaysier. Wir sollten weder die Natur noch unsere Mitmenschen prostituieren für unbeständige Touristen Dollar oder Yen.“

EPSM fordert das Umwelt- und Touristen-Ministerium dazu auf, eine gemeinsame Arbeitsgruppe einzurichten, an der sie ggf. auch bereit wäre mitzuarbeiten, um die angesprochenen Fälle zu untersuchen. Weiterhin fordert sie, daß auch bei Projekten der Tourismusindustrie Umweltverträglichkeitsstudien – auch wenn dies bisher nicht Vorschrift ist – und Untersuchungen über die sozialen Auswirkungen angefertigt werden sollen.

vgl. AS Vol.13 (1988) No.1, S.2

Weitere Verhaftungen nach ISA

Am 16.11.88 wurde in Kuala Lumpur bekannt, daß 23 malaisische Dorfbewohner aus dem Bundesstaat Kedah und Perak in der Zeit vom 14.10. bis 10.11. nach ISA inhaftiert wurden. Sie werden verdächtigt, etwas mit den Bränden von 5 Regierungsgebäuden im Juni 1988 zu tun zu haben. Die Polizei behauptete, 6 Pistolen und 3 Handgranaten während dieser Operation gefunden zu haben.

Von den 11 Inhaftierten, die aus Kedah stammen, konnte die islamische Oppositionspartei PAS 3 als ihre Mitglieder identifizieren, wovon zwei die Imane der örtlichen Moscheen sind.

2 Tage früher, am 14.11, klärte der stellvertretende Innenminister Datuk Megat Junid auf Anfrage des DAP-Parlamentsabgeordneten Sim Kwang Yang über die Hintergründe von 11 ISA-Verhaftungen in Kuching auf. Die 11 wurden der Unruhetiftung verdächtigt.

Unter ihnen sind einige prominente Politiker, die innerhalb der Regierungspartei und der Regierung von Sarawak tätig gewesen waren und bei einer innerparteilichen Auseinandersetzung unterlagen. Bisher wurden 2 von ihnen bedingungslos entlassen, 5 mit einer 2jährigen Inhaftierungsanweisung (detention order) ins Lager Kamunting geschickt, und 4 Fälle werden noch weiter untersucht.

Wie durch die philippinische Botschaft in Kuala Lumpur bekannt wurde, sind im März 1988 10 Filipinos nach dem ISA wegen illegalen Waffenbesitz festgenommen worden. Anfang Juni wurden sie ins Lager Kamunting für (vorerst) 2 Jahre überführt.

vgl. FEER 1.12.88 S.31; NST 17.11.88; Star 15.11.88; Brief der Botschaft vom 23.9.88

Todesstrafen wegen Rauschgifthandel und Waffenbesitz verhängt

Amnesty International (AI) teilt in mehreren „urgent actions“ die Verhängung von insgesamt 4 Todesstrafen mit. In 3 Fällen sollen die Verurteilten mit Rauschgift gehandelt haben. In einem Fall wird dem Verurteilten der Besitz einer Feuerwaffe zur Last gelegt. Bei nachgewiesenem Drogenhandel ist zwingend die Todesstrafe vorgeschrieben, ebenso bei Waffenbesitz, wenn dieser im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) geahndet wird.

vgl. AI urgent action vom 2.9., 4., 21.10, 10.11.88

Mahathir macht Versöhnungsangebot an seine Herausforderer

Überraschend machte Premierminister Datuk Seri Mahathir Mohamad seinen Herausforderern und früheren Parteigenossen Tunku Razaleigh Hamzah und Datuk Musa Hitam auf dem 1. Parteitag der neu gegründeten UMNO Baru, am 30.10.88, das Angebot, als Minister ohne Resort in seinem Kabinett mitzuarbeiten.

Noch vor einigen Monaten hatte Mahathir nicht einmal die bloße Mitgliedschaft von Razaleigh in seiner UMNO Baru zulassen wollen. Der Sieg bei den Nachwahlen zum Bundesparlament in Johor Baru durch einen Anhänger Razaleighs, der knappe Sieg (mit nur 413 Stimmen Mehrheit) der Regierungspartei in einer Nachwahl in Parit Raja zum Parlament des Bundesstaates Johor, der Austritt von 15 Bundesparlamentsabgeordneten der alten UMNO aus der Regie-

rungsfraktion und ihre Kritik an der diktatorischen Politik Mahathirs haben ihn zu einer (taktischen?) Kehrtwende bewegt.

Razaleigh und Musa, beide ehemalige Minister im Kabinett Mahathirs, haben noch keine Stellungnahme zu diesem Angebot gemacht. Beobachter rechnen nicht damit, daß sie es annehmen werden, da sie dann ihre Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit verlieren könnten.

vgl. FEER 29.9.S.18, 13.10. S.14f, 27.10.s.14f, 10.11.88 S.14f

Gewerkschaften an Elektronik-Betrieben werden zugelassen

Überraschend für alle Beteiligten kündigte der malaysische Arbeitsminister am 22.9.88 die zukünftige Zulassung von Gewerkschaften an Elektronik Betrieben an.

Seit Jahren versuchte die Gewerkschaft der Arbeiter der Elektroindustrie vergeblich eine Genehmigung zur Organisation der Beschäftigten der Elektronikbranche vom Ministerium zu erhalten.

Das 15jährige Gewerkschaftsverbot in dieser Branche führte zusammen mit großzügigen Steuererlassen für ausländische Investoren dazu, daß viele große multinationale Elektronikfirmen (u.a. auch Siemens) ihre Produktion von Halbleitern nach Malaysia verlagerten. Seitdem wurden etwa US\$ 1,1 Mrd. in dieser Branche investiert, die heute rund 85 000 Menschen beschäftigt, davon 90 % Frauen, und elektronische Bauteile im Werte von US\$ 2,59 Mrd. jährlich exportiert. Das sind 34 % der Industrieexporte und 15 % der Gesamtexporte des Landes. Auf dem Weltmarkt für Halbleiter steht Malaysia an 4. Stelle der Exporteure hinter den USA, Japan und Süd-Korea.

US-amerikanische Firmen, die in 17 Betrieben allein ca. 37 000 Malaysier beschäftigen, und japanische Firmen bekundeten Beunruhigung und wünschten sich noch einige Klärung zur Form der Organisation. Sie meinten, die Beschäftigten sollten selbst wählen können, ob sie einer Betriebsgewerkschaft oder einer nationalen Gewerkschaft beitreten wollten.

Gelassener reagierten die europäischen Manager, die den Umgang mit Gewerkschaften in ihren Herkunftsländern gewohnt sind.

Befürwortende Experten weisen auf das funktionierende Modell Singapur hin und meinten, daß die Arbeiterbewegung in Malaysia eine verantwortungsvolle Bewegung sei, die mit grö-

ßeren Bildungsprogrammen noch umgänglicher werden würde. Der malaysische Gewerkschaftsdachverband (MTUC) übernahm sofort die Initiative zur Gründung einer nationalen Gewerkschaft der Elektronikarbeiter. Aber bereits knapp einen Monat später wurde deutlich, in welche Richtung die Organisationsfreiheit der Beschäftigten dieser Branche gehen würde.

Minister Lee teilte am 17.10. mit, daß eine Genehmigung für eine nationale Gewerkschaft nicht erteilt werden würde, sondern lediglich für Betriebsgewerkschaften, und erntete entsprechenden Protest von der MTUC. Der Internationale Metallarbeiterbund in Genf hat daraufhin die ILO aufgefordert, eine Delegation nach Malaysia zu schicken, die die Angelegenheit untersuchen soll.

vgl. FEER 6.10.S.80, 3.11.88 S.12; AW 21.10.88 S.61; MB 16.10.88 S.32ff

Kurznachrichten

Ein Konflikt zwischen den Philippinen und Malaysia wurde beinahe durch das falsche Kartlesen eines philippinischen Marineoffiziers angezettelt, da dieser meldete, die malaysische Marine hätte 6 Inseln in den südlichen Philippinen besetzt. Nach 3 Tagen wurde der Fehler entdeckt.

vgl. FEER 29.9.88 S.18; AW 30.9.88 S.30

Die Schließung des Flüchtlingslagers auf der Insel Bidong für vietnamesische „boat-people“ hat der malaysische Außenminister angekündigt. Das Lager ist hoffnungslos überbelegt, und es werden nicht mehr genug Flüchtlinge von Drittländern aufgenommen.

vgl. FEER 15.9.S.29, 22.9.S.106, 1.12.88 S.9

Einen Anreiz für ausländische Investoren hofft die malaysische Regierung durch Steuervergünstigungen zu schaffen, um damit besser mit Singapur und Thailand um ausländische Investitionen konkurrieren zu können.

vgl. FEER 3.11.88 S.90f

Zum Mitglied des Weltsicherheitsrates der Vereinten Nationen wurde Malaysia gewählt. Es löst damit zum 1.1.1989 Japan für 2 Jahre ab und wird gleich für den 1. Monat den Vorsitz übernehmen, da dieser nach alphabetischer Reihenfolge monatlich von einem der 15 Staaten übernommen wird.

vgl. FEER 10.11.88 S.12